

**N I E D E R S C H R I F T**

über die Sitzung **des Ausschusses für Umwelt und Verkehr** der Stadt Burgdorf am **03.05.2011** im Sitzungszimmer des Rathauses II, Vor dem Hann. Tor 1

16.WP/UmVerkA/035

Beginn öffentlicher Teil: 16:30 Uhr  
Beginn vertraulicher Teil: Uhr

Ende öffentlicher Teil: 19:15 Uhr  
Ende vertraulicher Teil: Uhr

---

**Anwesend: stellv. Vorsitzender**

Degenhard, Walter

**Mitglied/Mitglieder**

Alker, Rudolf  
Fleischmann, Michael ab TOP 2  
Lüddecke, Dieter  
Plaß, Barthold  
Rickert, Heidrun  
Rohde, Paul ab TOP 2

**Beratende/s Mitglied/er**

Bertram, Carsten  
Heller, Simone

**Mitglied des Rates**

Braun, Hartmut Vertretung für Frau Leykum  
Unverzagt, Hartmut Vertretung für Frau Heldt

**Gast/Gäste**

Kusber, Paula für den Seniorenrat  
Willhaus, Elke Dipl. (Planungsgemeinschaft Ver-  
Geogr. kehr, Hannover (PGV)

**Verwaltung**

Baxmann, Alfred  
Frerichs, Peter  
Herbst, Rainer  
Riessler, Stefanie bis TOP 6  
Stabno, Martin  
Vollmert, Claudia bis TOP 7

## **TAGESORDNUNG**

### **Öffentlicher Teil**

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr am 07.04.2011
3. Anfragen gemäß Geschäftsordnung
4. Mitteilungen des Bürgermeisters
5. Friedhof Otze - Bau von Urnenstelen  
Vorlage: 2011 0917
6. Radverkehrskonzept - Zwischenbericht  
Bezug: Vorlage Nr. 2010 0710  
Vorlage: 2011 0916
7. Ausbauprogramm "Verlängerte Moorstraße" Busspur  
Vorlage: 2011 0898
8. Anregungen an die Verwaltung

### **Einwohnerfragestunde**

## Öffentlicher Teil

### **1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung**

---

**Herr Degenhard** begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Die Tagesordnung wurde **einstimmig beschlossen**.

### **2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr am 07.04.2011**

---

#### **Beschluss:**

**Die Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr vom 07.04.2011 wurde mit zwei Ja-Stimmen und sieben Enthaltungen genehmigt.**

### **3. Anfragen gemäß Geschäftsordnung**

---

Keine Anfragen.

### **4. Mitteilungen des Bürgermeisters**

---

- a) **Herr Baxmann** teilte mit, dass er bzgl. der gewünschten Lichtsignalanlage (LSA) in Sorgensen nochmals eine Interviewanfrage eines Fernsehsenders erhalten hat. **Herr Baxmann** erläuterte, dass die Landesstraßenbauverwaltung für die Einrichtung der Lichtsignalanlage zuständig ist und nicht die Stadt Burgdorf. Es sind die Verkehrsbelastungen sowie die Querungen an dem betreffenden Abschnitt gemessen worden. Deren Anzahl erfüllt nicht die in einer Richtlinie des Bundesverkehrsministeriums festgelegten Schwellen, um die Aufstellung einer LSA vorzuschreiben. Gleichwohl ist die Aufstellung einer LSA sinnvoll. Eine Zuständigkeit der Stadt ist nicht gegeben. Vor diesem Hintergrund ist den Einwohnerinnen und Einwohnern in Sorgensen der Vorschlag unterbreitet worden, dass die Stadt die Betriebskosten einer Lichtsignalanlage übernimmt und eine evtl. im Verlauf des Stadtstraßenumbaus nicht mehr notwendige LSA nach Sorgensen verbringt und dort aufstellt. Notwendig dafür ist allerdings eine Interessenquote der Einwohner von Sorgensen derart, dass diese sich in Höhe von 10.000 € als bürgerschaftlichem Anteil an den Gesamtkosten beteiligen. Zu diesem Angebot und der ausdrücklichen Festlegung, dass es sich hier um eine freiwillige und überobligatorische Maßnahme der Stadt Burgdorf handelt, erbat **Herr Baxmann** eine politische Tendenzaussage der Ausschussmitglieder.

Nach ausführlicher Beratung kamen die Ausschussmitglieder zu dem Ergebnis, dass Herr Baxmann dem anfragenden Fernsehsender das gewünschte Interview geben sollte und dabei deutlich darauf hinweisen sollte, dass es sich bei der Errichtung der Lichtsignalanlage um eine Aufgabe des Landes handelt. Soweit möglich sollte die entsprechende Richtlinie geändert werden, um die Errichtung der Anlage

auch mit den vorhandenen Verkehrsbelastungen zu ermöglichen. Bei dem Angebot der Stadt handelt es sich ausdrücklich nicht um eine Pflichtaufgabe der Stadt, sondern um eine freiwillige Maßnahme, die ein Engagement der Sorgenser Bürgerinnen und Bürger in der genannten Beitragshöhe voraussetzt.

- b) **Frau Riessler** erläuterte anhand einer Präsentationsvorlage, die der Niederschrift als **Anlage 1** beigelegt ist, die Planungsgrundzüge der neuen Bestattungsmöglichkeit „Ruhehain“ auf dem Stadtfriedhof in Burgdorf.
- c) **Herr Stabno** teilte mit, dass der Betreiber des Tierfriedhofs in Burgdorf Anfang April 2011 verstorben ist. Der mit dem Betreiber und einer weiteren Person im Jahr 2001 geschlossene Pachtvertrag weist eine jährliche Laufzeit mit einer sechsmonatigen Kündigungsfrist zum Jahresende auf. Daher wäre eine Kündigung mit Frist bis zum 30.06.2011 zum Jahresende 2011 möglich. Sowohl die Nachlasspflegerin des Betreibers als auch die weitere Vertragspartnerin der Stadt haben ihre Absicht bekundet, den Vertrag nicht zu verlängern. Bislang sind keine Kündigungsschreiben eingegangen. Es stellt sich die Frage, wie mit dem Tierfriedhof zukünftig verfahren werden soll, insbesondere ob sein Betrieb aufrechterhalten werden soll.

**Herr Degenhard** sprach sich dafür aus, den Tierfriedhof nach Ablauf der von den Nutzern geschlossenen Verträge auslaufen zu lassen.

**Herr Rohde** schilderte, dass der Tierfriedhof eine nur geringe Auslastung aufweist und dass die Stadt aufgrund der bislang getätigten Ausgaben keinesfalls selbst den Betrieb des Tierfriedhofs übernehmen soll.

**Herr Alker** erbat, dass die weiteren Hintergründe und Entscheidungsvorschläge in einer gesonderten Vorlage aufbereitet werden.

- d) **Herr Herbst** teilte mit:

aa) Die Unfallkommission hat in der Vergangenheit regelmäßig getagt. Dabei waren fünf Unfallschwerpunkte in Burgdorf benannt worden, von denen vier mittlerweile entschärft worden sind. Der letzte verbliebene Schwerpunkt, die Hochbrücke, wird im Bereich der Fahrbahndecke durch den Bund saniert werden.

bb) Der Abbau des abgängigen Zauns an der Raiffeisenstraße würde Kosten in Höhe von ca. 1.650 € verursachen. Die Deutsche Bahn AG hatte erklärt, den Zaun nicht auf ihre Kosten beseitigen zu wollen.

Nach einer kurzen Diskussion sprachen sich die Ausschussmitglieder dagegen aus, den Betrag für die Beseitigung des Zauns aufzubringen.

cc) Die Stadt hat die Nds. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr bzgl. der in die Kritik geratenen Lichtsignalanlage in Otze angeschrieben und um Überprüfung der Notwendigkeit dieser Anlage gebeten. Bislang ist keine Reaktion erfolgt.

dd) Von einer Sorgenser Bürgerin ist ein Brief eingegangen, in dem sie sich gegen die Aufstellung einer Bedarfsampel in Sorgensen ausspricht.

ee) Die Messergebnisse der Geschwindigkeitsmessungen werden dem Protokoll als **Anlage 2** beigefügt.

ff) Der Ausbau der Moorstraße wird in Höhe von ca. 75 % der zuwendungsfähigen Ausgaben durch die Landesnahverkehrsgesellschaft Niedersachsen gefördert. Auf Nachfrage von **Herrn Rohde** erläuterte **Herr Herbst**, dass sich dies auch auf die Poller bezieht.

gg) Die NBank hat entschieden, dass der zweite Bauabschnitt des Stadtstraßenumbaus mit einem Zuschuss in Höhe von 553.660,44 € gefördert wird. Von den Gesamtkosten in Höhe von ca. 1,74 Mio € werden damit ca. 900.000 € durch Dritte finanziert.

## 5. **Friedhof Otze - Bau von Urnenstelen** **Vorlage: 2011 0917**

---

**Herr Degenhard** teilte mit, dass es seitens von Herrn Dr. Zielonka Vorbehalte gegen die vorgesehene Beratungsreihenfolge in der Vorlage 2011 0917 gibt. **Herr Baxmann** erläuterte, dass die vorgesehene Beratungsreihenfolge und damit auch die Zuständigkeit über die Beschlussfassung zutreffend sind. Nach kommunalrechtlichen Bestimmungen hat eine Angelegenheit nicht nur Bedeutung für eine Ortschaft, wenn mehr als 5 % der Nutzer z.B. auswärtige Besucher sind. Dies ist bei dem Friedhof in Otze der Fall. Entsprechend wurde eine Antwort an Herrn Dr. Zielonka verfasst.

**Frau Riessler** schilderte die konzeptionelle Gestaltung der Urnenstelen sowie des Aufenthaltsplatzes und die vorgesehene Bepflanzung anhand einer Präsentation, die dem Protokoll als **Anlage 3** beigefügt ist.

**Herr Degenhard** verwies auf eine alternative Nutzung von Basaltpflastersteinen am äußeren Rand des Aufenthaltsplatzes.

### **Beschluss:**

**Der Ausschuss für Umwelt und Verkehr empfahl dem Verwaltungsausschuss einstimmig, den Bau der Urnenanlage mit Urnenstelen auf dem Friedhof Otze wie in der Vorlage Nr. 2011 0917 dargestellt zu beschließen.**

## 6. **Radverkehrskonzept - Zwischenbericht** **Bezug: Vorlage Nr. 2010 0710** **Vorlage: 2011 0916**

---

**Frau Willhaus** schilderte ausführlich den Zwischenbericht des Radverkehrskonzeptes auf der Grundlage einer Präsentation, die dem Protokoll als **Anlage 4** beigefügt ist.

Nachdem von Ausschussmitgliedern die Notwendigkeit der Erstellung eines Gutachtens hinterfragt und kritisiert wurde, dass der Inhalt des Zwischenberichts zum Teil bereits bekannte Sachverhalte aufzeigt, erläuterte **Frau Vollmert**, dass es sich bei dem Inhalt der Vorlage und dem Vortrag von Frau Willhaus um einen Zwischenbericht handelt, der nur einen Auszug der Gesamtplanung darstellt. Nach den erfolgten Planungen und Beratungen wird es einen Endbericht geben, der über 100 Einzelmaßnahmen mit Kosten-

schätzungen enthalten wird. Dieser wird entsprechend mit einer Vorlage vorgestellt und verabschiedet werden. Für die Diskussion über Einzelmaßnahme ist der Arbeitskreis vorgesehen.

**Frau Willhaus** wies darauf hin, dass in dem Zwischenbericht bewusst nur der innerstädtische Bereich behandelt worden ist. Auf entsprechende Nachfrage von **Herrn Fleischmann** erläuterte **Frau Willhaus**, dass die Nutzung von Betonrechtecksteinen gegenüber der Verwendung von Asphalt vorzugswürdig bei der Anlage von Radwegen ist, da bei der Verlegung von Leitungen unter der Fahrbahndecke diese nicht ohne Beeinträchtigung der Oberflächen verschlossen werden kann. In der Kälteperiode würden diese Bereiche wieder aufbrechen, ebenso bestehe die erhöhte Gefahr von Wurzelaufbrüchen bei der Verwendung von Asphalt.

**Herr Degenhard** hinterfragte die Ausgestaltung von sog. „Rampensteinen“, da diese für die Verkehrsführung in Burgdorf neu sind und insbesondere für Autofahrer Probleme beim Überqueren der Rampensteine bei Grundstückszufahrten bestehen. **Herr Herbst** erwiderte, dass eine ähnliche Ausgestaltung bereits jetzt im Bereich des Kreisverkehrsplatzes an der Hochbrücke in Richtung Marktstraße vorhanden ist und keine Probleme bekannt geworden sind. Aufgrund des demografischen Wandels ist die Verwendung dieses Ausbaustandards notwendig, um auch mobilitätseingeschränkten Personen etwa die Querung von Gehwegen mit Hilfe eines Rollators zu ermöglichen. Zukünftig sollen derartige Rampensteine der Regelquerschnitt werden.

#### **Beschluss:**

**Der Ausschuss für Umwelt und Verkehr nahm von der Vorlage Nr. 2011 0916 Kenntnis.**

#### **7. Ausbauprogramm "Verlängerte Moorstraße" Busspur Vorlage: 2011 0898**

---

**Herr Herbst** erläuterte anhand einer Präsentation, die dem Protokoll als **Anlage 5** beigefügt ist, die geplante Routenführung der Buslinie 905 sowie die Ausführung des Ausbaus der Busspur in der „verlängerten Moorstraße“. Dabei schilderte Herr Herbst die Standorte der hydraulisch versenkbaren Poller und den Aufbau der Busspur.

Auf Nachfrage von **Herrn Fleischmann** bezifferte **Herr Herbst** die Betriebsdauer der Poller mit voraussichtlich 10-12 Jahren.

**Herr Rohde** hinterfragte die voraussichtlichen Kosten der beiden Polleranlagen. **Herr Herbst** antwortete, dass Kosten von ca. 6.000 € bis 8.000 € pro Anlage entstehen werden.

**Herr Degenhard** wies darauf hin, dass die Straßenoberfläche zwischen den beiden Busspuren mit sog. „Ökopflaster“ gestaltet werden sollte. Die Verwendung von Mineralgemisch sei nicht zu befürworten, weil hierdurch Probleme entstehen könnten.

**Herr Herbst** erwiderte, dass im maßgeblichen Bebauungsplan festgeschrieben worden ist, dass keine Versiegelung der Fläche vorgenommen werden darf. Daher kann kein sog. „Ökopflaster“ verwendet werden, bei dem im Übrigen bekannt ist, dass durch den Eintrag von Feinstaub die Versickerung von Wasser im Lauf der Zeit erschwert wird. Eine Änderung des Bebauungs-

plans würde eine geraume Zeit in Anspruch nehmen und die Untere Naturschutzbehörde würde bei der Verwendung von sog. „Ökopflaster“ mehr Kompensationsflächen fordern.

**Herr Baxmann** verwies darauf, dass im Zuge der Baumaßnahmen keine Bäume gefällt werden müssen.

**Der Umwelt- und Verkehrsausschuss nahm von der Vorlage Nr. 2011 0898 Kenntnis und schloss sich mit einer Nein-Stimme, einer Enthaltung und sieben Ja-Stimmen der Empfehlung an, den Ausbau der Busspur wie in der Vorlage Nr. 2011 0898 dargestellt zu beschließen.**

## 8. Anregungen an die Verwaltung

---

- a) **Herr Rohde** wies darauf hin, dass der Gelenkbus im Bereich des Kreisverkehrs Richtung Marktstraße bei der Aufpflasterung aufgesetzt ist.
- b) **Herr Rohde** bezog sich auf den Antrag der CDU-Fraktion „Die saubere Stadt“ und wies darauf hin, dass dem Ausschuss für Umwelt und Verkehr in der Sitzung am 03.05.2011 ein erster Zwischenbericht über die erfolgten Maßnahmen gegeben werden sollte.

**Herr Baxmann** erwiderte, dass ein entsprechendes Gesamtkonzept durch die Verwaltung erarbeitet wird. Mit der Polizei in Sarstedt sind bereits Informationsgespräche geführt worden und sollen fortgesetzt werden, da dort ein erfolgreiches Konzept umgesetzt worden ist. Weiter verwies Herr Baxmann darauf, dass z.B. mit der Bemalung von Stromkästen Schmierereien entgegenwirken konnte. In diesem Zusammenhang war die dortige Malerinnung bereit, Schmierereien innerhalb von 48 Stunden zu übermalen. Schließlich werde Kontakt mit der Realschule in Burgdorf aufgenommen, um in einer Zusammenarbeit Maßnahmen zu erarbeiten. Bis diese Entwicklungen abgeschlossen sind, werde es noch eine Weile dauern.

- c) **Frau Kusber** verwies auf die Diskussion in der letzten Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr bzgl. der Bushaltestelle in Ehlershausen. Sie hat die Haltestelle besichtigt und mit den Busfahrern das Gespräch gesucht. Dabei hat sich herausgestellt, dass eine Rampe am Busbahnhof nicht vorhanden ist. Bei fast allen Bussen handelt es sich um sog. Niederflurfahrzeuge, die beim Einsteigen durch den Fahrer abgesenkt werden können. Falls dies nicht möglich ist, könnte eine Rampe ausgefahren werden, um mobilitätseingeschränkten Personen das Ein- und Aussteigen zu erleichtern.

## Einwohnerfragestunde

Die Fragen und Antworten der Einwohnerfragestunde sind dem Protokoll als **Anlage 6** beigefügt.

Geschlossen:

Bürgermeister

Stellv. Ausschussvorsitzender

Protokollführer

